

Das Fürstentum Liechtenstein: Finanzplatz erster Güte

*Exklusiv-Interview mit
Dr. Mario Frick, Regierungschef
des Fürstentums Liechtenstein*

Kaum ein Finanzplatz hat sich in den vergangenen Jahren dynamischer entwickelt als Liechtenstein. Gleichzeitig verfügt kaum ein Staat über tiefere Steuern und einen gesünderen Haushalt als das Fürstentum. Ein Zufall?

Herr Regierungschef Frick: Im vergangenen Herbst veröffentlichte ein deutsches Nachrichtenmagazin einen Artikel, in dem ganz Liechtenstein als, Zitat, «Handlanger von Kriminellen» und als Geldwäscher verleumdet wurde. Wie stellen Sie sich zu diesen Anschuldigungen?

Dr. Mario Frick: An sich sprechen die Anschuldigungen für sich: Wenn man

willens gewesen wäre, eine Plausibilitätsbetrachtung anzustellen, hätte man sofort erkannt, dass es so nicht sein kann. Wir haben einen Finanzplatz mit hohem Standard, der sich nicht zu verstecken braucht und selbstbewusst auftreten darf – selbstbewusst in Kenntnis dessen, was man kann und in Kenntnis dessen, was noch zu verbessern ist. Ich weise die Vorwürfe weit von mir.

Was ist von den Behauptungen zu halten, der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) habe den elektronischen Datenverkehr der liechtensteinischen Finanzinstitute angezapft?

Frick: Das war eine reine «Spiegel-Ente». Wer auch nur ein wenig von der Sache versteht, weiss, dass der Datenverkehr der liechtensteinischen Banken mit Garantie nicht, wie behauptet, über Intelsat abgewickelt wird. Zudem

ist die Datenverschlüsselung mittlerweile so ausgefeilt, dass der Datenverkehr gar nicht zu knacken wäre – von einer Zuordnung von Kontonummern zu Personen ganz zu schweigen. Da ist die Phantasie mit dem Journalisten durchgegangen.

Worauf stützt sich der Bericht des BND?

Frick: Soweit uns bis heute bekannt ist, beruht der Bericht vor allem auf einem anonymen Schreiben, das bereits 1997 bei uns im Land zirkulierte. Das Schreiben war ein wildes Sammelsurium von teilweise geradezu abstrusen Behauptungen, das in seiner Gesamtheit völlig abwegig war.

Langfristig berechenbare Steuerpolitik

Vor kurzem nannte der deutsche Finanzminister Hans Eichel das Fürstentum Liechtenstein eine «Made im Speck», die von tiefen Steuern profitiere. Wie reagieren Sie auf solche Vorwürfe?

Frick: Es entspricht nicht meinem Stil, mich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und sie zu belehren. Umgekehrt erwarte ich natürlich dasselbe von ausländischen Politikern im Umgang mit dem Fürstentum Liechtenstein. Die Aussage von Herrn Eichel ist jedenfalls völlig verfehlt und ungerechtfertigt.

Wir verfolgen nicht erst seit gestern, sondern seit Jahrzehnten eine konsistente, berechenbare Steuerpolitik, bei der wir uns von zwei Maximen leiten lassen: Erstens soll der Staat so viel Steuern erheben, dass er damit langfristig seine Aufgaben erfüllen kann, nicht mehr und nicht weniger. Zweitens müssen die Steuern im Kontext des Wirtschaftsstandortes gesehen



werden. Andere Länder haben Rohstoffe, Häfen, grosse Binnenmärkte oder andere Standortvorteile, mit denen wir logischerweise nicht aufwarten können. Dafür legen wir umso mehr Wert auf den Faktor Steuern. Selbstverständlich braucht es diesbezüglich einen vernünftigen «Courant normal» und den Dialog mit den Nachbarn. Die Voraussetzung für einen Dialog ist aber, dass man miteinander redet.

Wie stellen Sie sich zum Vorwurf, das Fürstentum Liechtenstein sei eine Steueroase in einem Meer von Steuerwüsten?

Frick: Ich finde es merkwürdig, dass Länder mit hohen Steuern immer wieder von «Steueroasen» reden und sich damit quasi selber als «Steuerwüsten» abqualifizieren. Es ist doch völlig normal, dass ein kleines Land mit niedrigeren Steuern auskommt als ein grosses. Wer das nicht akzeptiert, stellt in letzter Konsequenz die Existenzberechtigung von Kleinstaaten überhaupt in Frage.

Gesunder internationaler Steuerwettbewerb

Sie sind somit ein klarer Verfechter des freien Steuerwettbewerbs?

Frick: Ja, ohne Wenn und Aber. Wer gegen Steuerwettbewerb ist, ist im Umkehrschluss für ein Steuerkartell. Deutschland soll seine Steuern haben und selber wissen, was für das Land und seine Menschen gut ist. Wir haben diesbezüglich unsere eigenen Vorstellungen.



Und wie stellen Sie sich zur Frage des internationalen Standortwettbewerbs generell?

Frick: Mein Antwort ist auch hier klar: Ja, selbstverständlich bin ich für einen Standortwettbewerb zwischen den Staaten. Wettbewerb hat sich noch immer und überall positiv auf die Entwicklung ausgewirkt. Natürlich muss der Wettbewerb fair sein, aber was fair und was unfair ist, dürfen nicht ein paar Grossstaaten allein entscheiden; dazu braucht es einen Konsens, bei dem alle ihre Vorstellungen einbringen können. Letztendlich kann es nicht im Interesse Europas liegen, wenn einzelne Grossstaaten dem ganzen Kontinent ihre Vorstellungen eines «gerechten» Steuersystems aufzwingen wollen.

Der in der EU so populäre Begriff des «unfairen» oder «schädlichen» Steuerwettbewerbs ist demzufolge ein Widerspruch in sich selbst?

Frick: Wer will überhaupt definieren, was fair und unfair oder sogar schädlich ist? Und, mit Verlaub: Was für einen Schaden sollen niedrige Steuern denn anrichten? Genau zu diesem Thema gibt es übrigens eine aufschlussreiche Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln aus dem Jahre 1999, in der nachgewiesen wird, dass es keinerlei empirische Belege für die behauptete Schädlichkeit des internationalen Steuerwettbewerbs gibt. Die Befürchtung eines «Race to the Bottom», bei dem die Staaten ihre Steuerquoten ständig weiter senken und schliesslich ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, ist völlig unbegründet.

Dr. Mario Frick – Regierungschef

Mario Frick, Jahrgang 1965, studierte Rechtswissenschaften an der Hochschule St. Gallen, wo er 1992 zum Dr. iur. promovierte. Ab 1991 arbeitete er im Rechtsdienst der liechtensteinischen Landesverwaltung. Im selben Jahr wurde er in den Gemeinderat von Balzers gewählt. Am 26. Mai 1993 wurde Dr. Frick zum Regierungschef-Stellvertreter und am 15. Dezember 1993 zum Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein ernannt. Gleichzeitig zum Regierungspräsidenten führt er das Finanzministerium, das Bauministerium sowie die Präsidial-Abteilung.

In Europa gibt es kaum einen Staat, der seinen Haushalt so im Griff hat wie Liechtenstein – und dies mit einem Maximalsteuereffuss von bescheidenen 18,9%. Könnte man daraus folgern, dass niedrige Steuersätze letztlich ein höheres Steueraufkommen generieren als konfiskatorisch hohe Sätze?



Erfolgreicher Finanzplatz dank Kontinuität und Qualität

In Liechtenstein hat sich in den letzten Jahren vor allem in der privaten Vermögensverwaltung ein international sehr erfolgreicher Finanzplatz entwickelt. Worauf führen Sie diese Entwicklung zurück?

Frick: In erster Linie sicher auf die Kontinuität. Wir haben in den letzten Jahren keine spektakulären Sprünge gemacht, sondern uns kontinuierlich entwickelt und sind immer berechenbar geblieben. Wir haben aber auch viel in die Qualität des Finanzplatzes investiert. Dazu gehören nicht nur die Banken, sondern auch alle Finanzintermediäre. So ist der Begriff «Treuhänder» bei uns eine geschützte Berufsbezeichnung, die man nur mit der entsprechenden Ausbildung und praktischer Erfahrung führen darf. Als Treuhänder untersteht man zudem der Disziplinaraufsicht des Obergerichts.

Besonders wichtig war uns auch stets die Einhaltung höchster Standards in der Sorgfaltspflicht und in der Abwehr krimineller Gelder. Mit Mafiageldern und ähnlichem wollen wir nichts zu tun haben. Schliesslich hat uns auch der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum positive Impulse verliehen. Der EWR hat uns mehr

Frick: Das ist eine heikle Frage, die man nicht so einfach mit ja oder nein beantworten kann. Falsch ist aber auf jeden Fall die Meinung, dass hohe Steuersätze entsprechend hohe Steuereinnahmen generieren. Tendentiell ist es sicherlich richtig, dass das Steueraufkommen mit sinkenden Steuersät-

zen steigt. Irgendwo gibt es aber einen Break-even-Punkt, den jeder Staat für sich selbst finden muss. Es kommt aber immer auch darauf an, wie viele Aufgaben der Staat übernehmen will, die Private vielleicht kosteneffizienter erbringen könnten.

Erfolgreiche Ermittlungen

Vor kurzem führten die Untersuchungen des von der liechtensteinischen Regierung eingesetzten Sonderstaatsanwalts Kurt Spitzer zu ersten erfolgreichen Polizeieinsätzen.

«Die Ermittlungen des von der Regierung des Fürstentums Liechtenstein eingesetzten Sonderstaatsanwalts Kurt Spitzer haben in der Nacht vom Donnerstag, 11. Mai, auf Freitag, 12. Mai, zu Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in mehreren Fällen geführt. An der Aktion der Landespolizei waren über 50 Kräfte beteiligt, wobei auch Experten aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität hinzugezogen worden waren. Die Vorwürfe gegen einzelne Personen beziehen sich auf gewerbmässigen Anlagebetrug wie auch auf Geldwäsche-Aktivitäten, organisierte Kriminalität und Untreue.

Die Ermittlungen sind nach wie vor nicht abgeschlossen und werden in konsequenter Form fortgeführt. Der Finanz- und Industriestandort Liechtenstein wird etwaigen kriminellen Aktivitäten entschieden entgegenzutreten.»

Pressemitteilung des Presse- und Informationsamts des Fürstentums Liechtenstein, 12. Mai 2000

«Die polizeilichen Ermittlungen gegen die in polizeilicher Verwahrung befindlichen Verdächtigen wegen Verdacht des Anlagebetrugs, Untreue und Geldwäsche laufen auch über das Wochenende auf Hochtouren weiter. (...) Derzeit sind die Ermittlungen über Anordnung des Untersuchungsrichters in enger Zusammenarbeit mit der Wiener Wirtschafts- und der Landespolizei in vollem Gang.»

Pressemitteilung der Landespolizei Vaduz, 14. Mai 2000



Vertrauen und Diskretion sind Ihnen wichtig. Kontinuität und persönliche Kontakte auch. Was Sie wollen, ist eine Bank die Ihnen Sicherheit gibt. Einen Berater der zuhört, Bescheid weiss und mehr aus Ihrem Vermögen macht. Private Banking bei der Liechtensteinischen Landesbank garantiert Ihnen eine klare Anlagestrategie, die individuell abgestimmt wird. Das bedeutet, dass Sie persönlich, umfassend und erfolgsorientiert beraten werden. Verlangen Sie unverbindlich unsere Unterlagen.

Liechtensteinische Landesbank Aktiengesellschaft · FL-9490 Vaduz · Telefon +423 / 236 88 11 · Fax +423 / 236 88 22 · E-Mail llb@llb.li
Liechtensteinische Landesbank (Schweiz) AG · CH-8008 Zürich · Telefon +41 / 1 / 269 91 11 · Fax +41 / 1 / 269 91 22

Internet www.llb.li



Wettbewerb gebracht und den Wirtschaftsstandort weiter gestärkt.

Die Liechtensteiner Banken unterstehen einer fortschrittlichen und kundenfreundlichen Gesetzgebung. Wie würden Sie das liechtensteinische Bankgeheimnis charakterisieren?

Frick: Das liechtensteinische Bankgeheimnis schützt die Privatsphäre der Bankkunden. Bei uns hat jeder Kunde einen Anspruch darauf, dass seine Bank seine Interessen wahrt. Dazu gehört insbesondere die Vertraulichkeit aller Informationen, die er seiner Bank anvertraut. Die Banken müssen aber die Identität jedes Kunden kennen. Dafür gibt es drei Gründe: Erstens den Eigenschutz der Bank; jede Bank muss und will wissen, mit wem sie geschäftliche Beziehungen unterhält. Zweitens den Schutz der anderen Kunden; niemand ist gerne Kunde bei einer Bank, bei der auch Kriminelle ver-

kehren. Drittens weil ein hoher Qualitätsstandard im Interesse des gesamten Finanzplatzes liegt.

Lässt sich das liechtensteinische Bankgeheimnis mit den Regelungen in der Schweiz oder in Österreich vergleichen?

Frick: Absolut. Unser Bankgeheimnis wird nur dann aufgehoben, wenn strafrechtliche Tatbestände im Spiel sind. In Steuerangelegenheiten ist unser Bankgeheimnis eher noch dichter.

Unterscheidet man im Fürstentum Liechtenstein zwischen einfacher Steuerhinterziehung und qualifiziertem Steuerbetrug?

Frick: Nein. In der internationalen Rechtshilfe beteiligen wir uns überall ausser bei Steuerdelikten. Bei Steuerangelegenheiten ist es ausserordentlich schwierig, strafrechtlich relevante

Tatbestände von verwaltungsrechtlichen zu trennen, und da wir keine Amtshilfe gewähren, lehnen wir entsprechende Gesuche aus dem Ausland grundsätzlich ab.

Keine Vermengung von Steuern und Geldwäscherei

Sind diesbezüglich irgendwelche Änderungen in Sicht?

Frick: Nein. Gerade weil die Grenzen im steuerlichen Bereich so fließend sind, sehen wir keinen Grund, das Bankgeheimnis aufzuweichen. Wir lassen uns auch nicht als verlängerter Arm ausländischer Steuerbehörden instrumentalisieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber einen ganz wichtigen Punkt ergänzen: Auf europäischer Ebene ist seit geraumer Zeit eine gefährliche Tendenz zu beobachten, nämlich die

Vermengung von Steuerfragen mit Geldwäscherei – dies obwohl Steuern und Geldwäscherei völlig verschiedene Themen sind, die nichts miteinander zu tun haben. Unsere Haltung diesbezüglich ist klar: Geldwäscherei ist ein Krebsübel, das wir rigoros bekämpfen; bei den Steuern bauen wir auf die Selbstverantwortung der Staaten und ihrer Bürger.

Das Fürstentum Liechtenstein ist seit jeher bekannt für seine Stiftungen und Trusts. Wie wichtig ist der Para-Banken-Bereich für das Fürstentum?

Frick: Sehr wichtig. Zusammen mit den Banken generiert der Para-Banken-Bereich circa die Hälfte unserer Wertschöpfung. Ich finde es auch richtig und wichtig, dass es hier, im Herzen Europas, einen Finanzplatz mit

diesen Qualitäten und Standards gibt. Unsere Wirtschaft ist aber nicht ganz so einseitig ausgerichtet, wie dies im Ausland manchmal dargestellt wird: Rund die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Industrie und im Gewerbe tätig.

Intaktes Wachstumspotential, vorteilhafte Rahmenbedingungen

Mit seinen 160 Quadratkilometern ist Liechtenstein ein kleines Land. Befürchten Sie, dass der Finanzplatz bald an seine physischen Grenzen stösst oder erwarten Sie weiter ein ähnliches Wachstum wie in den 90er Jahren?

Frick: Es gibt natürliche, geographische Grenzen, aber es kommt ganz darauf an, wie man diese Grenzen de-

finiert. Hier im Fürstentum Liechtenstein verstehen wir uns einerseits als unabhängiger Staat. Anderserseits sehen wir uns aber auch in einem weiteren Kontext. So bietet unser Land attraktive Arbeitsplätze für die ganze Region: Von den insgesamt knapp 23'000 Arbeitnehmern in Liechtenstein sind rund 5'000 Grenzgänger aus Österreich und etwa 4'000 aus der Schweiz. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote bei einer Gesamtbevölkerung von 33'000 deutlich unter 1,5%.

Das Potential für weiteres kontinuierliches Wachstum ist absolut intakt, und wir werden alles daran setzen, unsere Standortvorteile zu halten und insbesondere der Industrie und dem Finanzplatz auch in Zukunft möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen zu bieten.